

Antrag	A 2	Antragsteller: AK Landwirtschaft der CDU Bodenseekreis
Betreff:	Familienbetriebe	
Die Agrarpolitik der EU wird ab 2014 auf eine neue Grundlage gestellt. Bei gestiegenen Ansprüchen der Beitrittsländer und gekürztem Budget bedeutet dies entsprechende Umschichtungen. Wenn es den wenigen Großbetrieben innerhalb der EU gelingt eine Kappung bei 300.000 Euro zu verhindern, wird dies zu massiven Zahlungsausfällen für die Landwirtschaft in Bayern und Baden-Württemberg führen. <i>Deshalb möge Kreisparteitag beschließen:</i> Die von EU-Agrarkommissar Ciolos vorgesehene Degression der Direktzahlungen würdigt die unterschiedliche Kostenstruktur der leistungserbringenden Betriebe und ermöglicht dadurch die Koexistenz von Betrieben unterschiedlicher Größe. Die CDU Bodenseekreis würdigt diesen Ansatz und setzt sich im Interesse der vielen bäuerlichen Familienbetriebe für eine maßvolle Umsetzung der europäischen Agrarpolitik ein. Wir fordern deshalb unsere Bundeslandwirtschaftsministerin Aigner und unsere Abgeordneten auf, die unterschiedlichen Kostenstrukturen der Betriebsformen und Größen bei der Umsetzung der Agrarpolitik zu berücksichtigen.		
Begründung:	Insbesondere Betriebe in sog. benachteiligten Gebieten leisten für den Erhalt unserer Kulturlandschaft wertvolle Arbeit. Doch ihre Kostenstruktur unterscheidet sich enorm von den Großbetrieben in Gunstlagen. Deshalb muss die Agrarpolitik diesen Gegebenheiten im Interesse einer flächendeckenden Landbewirtschaftung Rechnung tragen.	